

Marktwirtschaft.

Zeichnung: nelcartoons.de



DEMOGRAPHIE UND DEMOKRATIE

- | | |
|--|--|
| <p>02 Ältere Generation:
Sicherer Wahlsieger im September?
Editorial von Michael Eilfort</p> | <p>06 Alternde Wähler, alt aussehende Politik?
Demographie als Herausforderung
für die Demokratie</p> |
| <p>03 Neue Diskriminierungsverbote für die digitale Welt?
Kronberger Kreis-Studie zur Digitalisierung</p> | <p>07 Bringt Wachstum Wohlstand für alle?
Tagung hinterfragt Inclusive Growth</p> |
| <p>04 EVP-Vorsitzender Manfred Weber zu Gast
Frühjahrstreffen in Kronberg</p> | <p>08 Niedrigzinspolitik: Nullzinsen in Europa
5. Kadener Expertengespräch</p> |
| <p>05 Robert Shrimmsley erhält Swift-Preis 2017
Auszeichnung für Wirtschaftssatire</p> | |

Ältere Generation: Sicherer Wahlsieger im September?

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Demographie kann nicht nur eine Herausforderung für die Sozialsysteme, sondern auch für die Demokratie sein. Die schon traditionell mit zunehmendem Alter steigende Wahlbeteiligung und die starke Zunahme des Anteils Älterer an der Bevölkerung verstärken sich: Für Wahlkämpfer sind Altersheime interessanter als Jugendtreffs und Rentengeschenke an der Wahlurne erfolgversprechender als Zukunftsinvestitionen.

Bleiben insbesondere die 18- bis 30-Jährigen so phlegmatisch wie bei den letzten Urnengängen, könnte bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 erstmals mehr als die Hälfte der Wähler (noch nicht der Wahlberechtigten!) über 55 Jahre alt sein. Seit Jahren weist die Stiftung Marktwirtschaft auf diesen Zusammenhang und auf mögliche Folgen in Form von wachsender Fixierung auf Status quo und Sicherheit auf der einen sowie abnehmender Chancen für Wandel und Innovation auf der anderen Seite hin.

2013 wollte das kaum jemand hören – die Älteren hatten dagegen sehr wohl die Sirenenklänge besonders der beiden großen Parteien vernommen. Die Union gewann vor allem wegen der Mütterrente über 3,5 Millionen Stimmen hinzu, die SPD erreichte durch die Rente mit 63 eine „Friedensdividende“ in Form erneuerter Zuneigung des DGB. So sind die Wahlsieger bei der Bundestagswahl 2013 die über 55-Jährigen. Sie profitieren während ihres Rentenbezugs im Durchschnitt deutlich (zum Teil mit fünfstelligen Beträgen) vom 2014 beschlossenen „Rentenpaket“ mit seinen 285 Milliarden Euro Nettokosten. Verlierer dagegen sind alle unter 50 Jahren, die diese Summe in den nächsten Jahrzehnten mit aufzubringen haben. Für sie selbst wird es wohl ab 2040 kein Halten bzw. kaum etwas geben – die im laufenden Bundestagswahlkampf versprochenen „Haltelinien“ zielen nur bis 2030 und dienen eher der Beruhigung aktueller Rentner und

der Babyboomer. Die Aussichten im Kampf gegen ab 2030 drohende, sich ausdehnende Altersarmut und für Generationengerechtigkeit verschlechtern sie eher – von einem schon angedachten schlichten Wiederholen des Werbemittels „Mütterrente“ ganz zu schweigen.

Gleichwohl gibt es erfreuliche Fortschritte: Das brisante Thema bzw. das Risiko, dass eine alternde Bevölkerung zu versteinierter Politik führt, wird endlich auch als solches gesehen. Der Brexit, gewünscht von einer Mehrheit über 50-Jähriger und ermöglicht von wahlabstinenten Jüngeren, hat vielen die Augen geöffnet, die Wahl von Donald Trump vor allem mit Stimmen von über 50-Jährigen ein Weiteres getan. In Großbritannien hat der inzwischen erwachte Wahleifer Jüngerer bei der Unterhauswahl am 7. Juni zu einer neuen Lage und einem nun vielleicht eher möglichen „Soft Brexit“ beigetragen. Auch in Frankreich haben sich viele Jüngere in Marsch gesetzt, für frische Luft und neue Chancen. Mehr Bewegung bei den Inhalten täte auch Deutschland gut, das nur bei oberflächlicher Betrachtung glänzt. Seit 2008 (u.a. Schuldenbremse und Rente mit 67) gab es hierzulande keine strukturelle Veränderung, die den Namen „Reform“ verdient: Mehr Geld auszugeben (Rente, Pflege) und institutionelle Fehlanreize zu setzen sowie völlige Intransparenz auf den Weg zu bringen (Bund-Länder-Finzen) sind nicht unbedingt hohe Regierungskunst.

Welche Grundlagen wir neu schaffen und was wir vielleicht auch an Anstrengendem tun müssen, um unseren Wohlstand mindestens zu halten, wird ein Thema des Bundestagswahlkampfes sein – hoffentlich auch im Gespräch der Generationen. Niemand will, dass die Generationen gegeneinander ankämpfen. Es geht darum, endlich ehrlich miteinander zu diskutieren. Man kann Ältere als natürlich verdiente Rentner ansprechen und ihnen Freibier anbieten – man kann aber auch die Eltern und Großeltern adressieren, die wollen, dass es ihren Kindern und Enkeln gut geht. Und, das an die Jüngeren: Man kann auch seine Stimme abgeben!

IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner
(V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann

Neue Diskriminierungsverbote für die digitale Welt?

Kronberger Kreis fordert in seiner neuen Studie mehr Weitsicht

Mit großer Geschwindigkeit erfasst die Digitalisierung immer weitere Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Um die Potenziale des digitalen Wandels voll ausschöpfen zu können, wird vielfach eine Ergänzung der bestehenden Wettbewerbsordnung erforderlich sein. Die Sorge vor neuen Macht- und Gefährdungslagen ist in der deutschen Diskussion allerdings sehr präsent und überzeichnet zum Teil die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Digitalisierung.

Vor diesem Hintergrund warnt der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner neuesten Studie vor überstürzten Gesetzesinitiativen. Die Professoren Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland und Berthold U. Wigger mahnen, dass die derzeit zu beobachtende Tendenz zu weiteren Diskriminierungsverboten Ausdruck einer populären, aber unscharfen Fairnessdebatte ist, die oftmals eher von diffusen Gefühlen als von Fakten und empirischer Evidenz geleitet wird. Was als Diskriminierung bezeichnet werde, sei häufig eine legitime unternehmerische Differenzierung, die auch den Verbrauchern nütze und den Wettbewerb – etwa durch Markteintritt – befördere. Umgekehrt schränkten strikte Verbote der Differenzierung freien Wettbewerb und Innovationen ein. Die Politik schieße daher mit ihren präventiven Maßnahmen als Reaktion auf vermeintliche Gefahren über das Ziel hinaus und riskiere es, die vielfältigen Chancen der Digitalisierung zu verpassen.



Neue Diskriminierungsverbote für die digitale Welt?

Schriftenreihe Band 63

Kronberger Kreis

Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland, Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)

ISBN: 3-89015-123-X



Studien des Kronberger Kreises
finden Sie auf unserer Homepage:
www.kronberger-kreis.de

Klaus Kunkel

6. Juli 1931 – 23. März 2017



Stiftung Marktwirtschaft trauert um Klaus Kunkel.

Klaus Kunkel hat sich als Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Marktwirtschaft und als einer der Gründer der informedia-Stiftung über Jahrzehnte in den Dienst unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gestellt. Seine unternehmerische Energie, sein verlegerischer Blick und sein kämpferischer Geist waren für seine Wegbegleiter eine Bereicherung und haben unserem Land und der Sozialen Marktwirtschaft gut getan. Nicht zuletzt der Wolfram-Engels-Preis geht maßgeblich auf ihn zurück.

Klaus Kunkel hatte Autorität, ohne autoritär zu sein. Er hatte ein Gespür für Trends und Themen, ohne ihnen hinterher zu rennen. Er wirkte, ohne glänzen zu wollen. Er war ein klarer Kopf in oft unklarer Zeit, der auf den Punkt kam und doch weit darüber hinaus sah. Er trat für regelgeleitetes, maßvolles Wirtschaften ein. Sein Engagement, seine Haltung, seine Offenheit und Bescheidenheit bleiben Beispiel und Verpflichtung.

Lassen Sie uns aufhören, Europa national zu denken!

EVP-Fraktionsvorsitzender Manfred Weber MdEP zu Gast beim Frühjahrstreffen in Kronberg

In der Vorstellung von Manfred Weber MdEP durch Professor Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart nutzt der Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung sein Studium der medialen Berichterstattung aus den vergangenen Monaten und greift zwei Charakterisierungen auf, mit denen der CSU-Politiker treffend umschrieben worden sei: „Mister Europa“ und „ein Niederbayer von Welt“.

Der Vorsitzende der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EP), der Europäischen Volkspartei (EVP), dankt der Stiftung für das Interesse an einer klassischen europäischen Perspektive auf dem traditionellen Frühjahrstreffen am Gründungsort von Stiftung und Kronberger Kreis. Ebenso drückt er seine Wertschätzung für die Publikationen des Think-Tanks aus, die ihn seit seiner nunmehr zwölf Jahre dauernden Mitgliedschaft im EP begleiten. Beim Thema Rente seien die Analysen bereits zu seiner Funktion als Vorsitzender der Jungen Union „wertvolles Futter, wertvolles Argumentationsmaterial“ gewesen, so Weber. „Wir sind sehr dankbar für die Analysen. Es wäre allerdings auch super, wenn man zusätzlich noch schreiben könnte, wie man die Vorschläge in dieser Gesellschaft umsetzen könnte“, ergänzt der EU-Politiker.

Für Weber ist die Europäische Union die größte Marktidee der vergangenen Jahrzehnte, die fundamentalste Veränderung in Sachen Marktgestaltung und Offenheit von Märkten. Der Binnenmarkt habe zudem den deutschen Wohlstand maßgeblich begründet. Der 1972 geborene Politiker versteht sich darüber hinaus als Teil der ersten Generation auf diesem Kontinent, die in ganz Europa in Frieden und Freiheit leben darf. Von seinem letzten Besuch in den USA sei er sogar „als sehr, sehr stolzer Europäer“ zurückgekehrt. Er habe in Washington eine „total verunsicherte Nation“



Prof. Dr. h.c. Nikolaus Schweickart, Prof. Dr. Theo Siegert, Gastredner Manfred Weber MdEP, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, SWIFT-Preisträger Robert Shrimpsley und Prof. Dr. Michael Eilfort (v.li.).



Gastredner Manfred Weber MdEP in Kronberg.

erlebt. Bei Gesprächen zum internationalen Freihandelsabkommen habe er den Amerikanern hinsichtlich TTIP die Bereitschaft zum Abschluss signalisiert. „Wir Europäer sind in der Lage, auch wenn es manchmal schwierig ist, zu liefern!“ Auch das Pariser Klimaschutzübereinkommen hätte es ohne die Europäer nicht gegeben. „Wir sind voran marschiert, [...] wir haben das gut gemacht“, lobt Weber die Arbeit der EU. Allgemein sei in der Eurozone 2016 ein höheres Wirtschaftswachstum zu verzeichnen gewesen als in Amerika. „Es soll niemand erzählen, dass Europa insgesamt keine Erfolgsgeschichte ist“, sagt Weber überzeugt. „Trotz aller Fragen und Krisen dürfe man auch einfach einmal stolz und froh sein über das, was wir bewegt haben.“

Weber gibt jedoch zu, dass man sich in Europa in einer Unsicherheitsphase befände. Dies liege auch daran, dass man EU-Politik derzeit nach wie vor national kommuniziere. Dabei seien in dieser Legislaturperiode mit Jean-Claude Juncker im Amt 193 Legislativakte, also Gesetze, beschlossen worden, bei denen die deutsche Bundesregierung in 97,4 Prozent der Fälle zugestimmt habe. Dieser Anteil weiche auch in Polen und Ungarn nicht sonderlich ab. Weber wünscht sich daher, dass diejenigen, die in Brüssel Gesetzen zustimmten, zuhause in ihrem jeweiligen Land auch erklärten, warum Europa sinnvoll sei. Noch immer werde allzusehr in nationalen Schubladen gedacht, das zeige sich insbesondere bei der Bewertung der Jugendarbeitslosigkeit oder Migrationspolitik. „Jeder sitzt in seiner Box.“ Werde die Migrationsfrage nicht gelöst, habe Europa versagt. „Wenn wir Europa wirklich ernstnehmen, benötigen wir eine europäische Wahrnehmung“, appelliert Weber. „Lassen Sie uns aufhören, Europa national zu denken“, fügt er insistierend hinzu. Es könne darüber hinaus nicht sein, dass einer von 28 Staaten eine Blockademöglichkeit für den gesamten Kontinent wahrnehme. Deswegen

Robert Shrimmsley erhält Swift-Preis 2017 für Wirtschaftssatire

Auszeichnung des Financial Times-Journalisten für seine „Notebook“-Kolumne

werde man häufiger mehrheitlich entscheiden müssen. Schließlich sei das Verhältnis zwischen Nation und Europa zu klären. Der frühere Vorsitzende seiner Partei, Franz-Josef Strauß, habe das einst so formuliert: „Bayern meine Heimat, Deutschland mein Vaterland und Europa meine Zukunft.“

Die Eurozone sei indes für den Moment gerettet, so Weber, aber nicht stabil. „Da werden wir noch spannende Gespräche mit Professor Fuest führen, der ein wichtiger Ratgeber für viele von uns ist.“ EZB-Präsident Mario Draghi habe seiner Ansicht nach kurzfristig geholfen, aber wichtige Marktmechanismen außer Kraft gesetzt. Weber werbe und kämpfe nun dafür, diese in dem Währungsraum wieder zu etablieren.

Zum Brexit und mit Blick auf den britischen Preisträger erläutert Weber, dass die EU den Briten stark entgegengekommen sei. „Wir haben ihnen wirklich die ausgestreckte, goldene Brücke gebaut, in der Hoffnung, dass sie bei uns bleiben.“ Nun müsse im Weiteren geklärt werden, was Austreten aus der Europäischen Union bedeute. Wenn die Briten seitens der EU keine Konsequenzen durch den Austritt aus der EU spürten, dann bedeute dies „das Ende der Europäischen Union und das Ende des Binnenmarktes, der für uns alle wirtschaftlich das Hauptfundament, unsere globale Stärke ist, weil der Binnenmarkt Heimatmarkt für viele Konzerne ist“, erklärt der leidenschaftliche Europapolitiker. „Und das kann ich nicht zulassen.“

web

Mehr zum Jahrestreffen 2017
in Kronberg finden Sie unter:
www.stiftung-marktwirtschaft.de



Prof. Dr. Theo Siegert (Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung, li.) ehrt mit Laudator Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (re.) Robert Shrimmsley (Mitte) mit dem Swift-Preis für Wirtschaftssatire.

Der auf dem Frühjahrstreffen verliehene Swift-Preis für Wirtschaftssatire geht 2017 an den britischen Journalisten Robert Shrimmsley. Der Preisträger ist Herausgeber der Onlineausgabe der *Financial Times* in London. Mit Robert Shrimmsley wird ein Journalist ausgezeichnet, der sich mit einem satirischen Blick auf die Woche genüsslich dem Genre der Satire aus (wirtschafts-)politischer Perspektive widmet, so die Jury.

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, ifo Präsident und Mitglied des Kronberger Kreises, zitiert in seiner Laudatio auf den Swift-Preisträger, der – dem Namensgeber Jonathan Swift gleich – die Satire als Genre für zeitgenössische Betrachtungen nutzt, aus seiner wöchentlichen Kolumne unter dem Titel „Notebook“, in dem er die heutigen Zeiten als „times of inflation of nonsense“ beschreibt. Der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Dr. Theo Siegert würdigt den Preisträger als Glücksfall für das Genre Wirtschaftssatire und überreicht die Urkunde bei dem Festakt in Kronberg. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro dotiert und soll den kreativen Diskurs um die freiheitliche Gesellschaftsordnung anstoßen.

Robert Shrimmsley fühlt sich sehr geehrt, dass die Wahl „ernsthafter Denker und Meinungsmacher“ auf ihn gefallen ist, wobei ihn kurz nach Eingang der Nachricht seine Ehefrau gefragt habe, wofür er die Auszeichnung eigentlich erhalte. Für seinen Beitrag in dem Genre Wirtschaftssatire habe er geantwortet. Sie habe nachgehakt und wollte wiederum wissen, ob es sich dabei um ein wettbewerbsintensives Gebiet handele. Er habe darauf entgegnet, dass es heutzutage geradezu überfüllt sei! Zudem füllten viele der Kollegen sogar mächtige Positionen in der Politik aus. Er denke nur an Boris Johnson, Nigel Farage oder Donald Trump – da fühle er sich geradezu abgeschlagen weit hinten gegenüber diesen „Jokern“.

Humor könne seiner Überzeugung nach ein effektiver Weg sein, um mit einem Argument durchzudringen. Vor wenigen Jahren habe man noch die Verbreitung von Demokratie und den globalen Triumph der Marktwirtschaft gefeiert. Doch die moderne Geschichte habe gezeigt, dass Siege nie auf Dauer gewonnen werden. Der Kampf ginge immer weiter und weiter und wäre nie zu Ende. Der Preisträger dankt für den generösen, zumal bedeutenden Preis.

web

Mehr zum Swift-Preis und seinen
Preisträgern finden Sie unter:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Alternde Wähler, alt aussehende Politik?

Tagung sieht Demographie als Herausforderung für die Demokratie



Wahlforscher Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte.

Wenn die Wähler zunehmend älter werden, wird die Politik dann ebenfalls alt aussehen? Auf unserer Tagung am 14. Juni in Berlin identifizierte Gastgeber Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, die Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen bei den Bundestagswahlen als die fleißigsten Wähler. Die Jungen ließen hingegen eine erstaunlich naive Passivität bei der Wahrnehmung ihres Wahlrechts walten und ermunterten die Wahlkämpfer so geradezu zu Rentengeschenken im Hier und Jetzt.

Der Wahlforscher Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte von der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen relativierte den Altersbezug und wies auf generationsübergreifende Merkmale hin: Die Deutschen wählten gern „Sicherheits-Ikonen“ und seien bereits in ihrer Persönlichkeitsstruktur risikoavers aufgestellt. Sie favorisierten eher den schlichten und nüchternen Typus des Büroleiters. Ob das Sicherheitsdenken mit dem Alter zusammenhänge, bezweifelte Korte. Aufschieben sei ein Kennzeichen des politischen



Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest.

Systems der Demokratie. Demokratie schwächele systematisch, wenn es um Verantwortung für die Zukunft gehe. Das sogenannte „Enkeldenken“ der Großeltern stelle wiederum das nachhaltigere Denken dar. Ein Pfund, mit dem die Politik etwas machen könnte, so Korte, „wenn sie nur daran glauben würde.“ Aber genau hier läge das Problem: „Wir haben eine „Als-ob-Macht“ der Senioren.“ Dabei unterstelle man den Älteren, dass sie genau diese Nachhaltigkeit nicht im Blick hätten und verfehle somit, diese Einstellung für eine weitsichtige Politik zu nutzen.

Der Ökonom Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts und Mitglied des Kronberger Kreises, zog andere Schlüsse und sah insbesondere negative Folgen für das Wirtschaftswachstum. Bei großen Innovationen, forschungsbasierten Spin-off-Gründungen, aber auch Unternehmensgründungen im Allgemeinen liege das Alter immer zwischen 30 und 45 Jahren. Künftige Produktivitätsgewinne sollten daher nicht schon heute verfrühstückt werden, mahnte Fuest: „Sie könnten niemals eintreten!“



Kai Whittaker MdB und Moderatorin Margaret Heckel.

Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D. und Stellv. Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, stellte indes ein generelles Defizit-Modell des Alterns infrage. Es gäbe keine Altersnormen, sondern nur „Alternsformen“. In der folgenden Diskussion, geführt durch Margaret Heckel, bestätigten die jungen Politiker wie Kai Whittaker MdB von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die etwa gleichaltrige Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann die mangelhafte Teilnahme der Jüngeren. Ihre Erwartungen – zum Beispiel an die Rente – seien allerdings auch nicht mehr hoch. Einen Krieg der Generationen aber, so waren sich alle auch mit „Generationenerklärer“ Wolfgang Gründinger, einig, gäbe es sicher nicht.

Inclusive Growth – bringt Wachstum Wohlstand für alle?

Gemeinsame Tagung der Stiftung Marktwirtschaft mit der Allianz SE in Berlin

60 Jahre nach der Veröffentlichung von Ludwig Erhards Buch „Wohlstand für alle“ hat die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit der Allianz SE die Gültigkeit dieses wirtschaftlichen Grundversprechens der Sozialen Marktwirtschaft genauer unter die Lupe genommen. Denn obwohl Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten – in der Gesamtschau – wirtschaftlich sehr erfolgreich war, gut ausgebaute soziale Sicherungssysteme aufweist und auch die Finanz- und Wirtschaftskrisen der zurückliegenden Jahre besser als andere Länder bewältigt hat, kommt man kaum umhin, in Teilen der Bevölkerung, aber auch der Politik, gewisse Entfremdungstendenzen vom bestehenden Wirtschaftssystem zu diagnostizieren: Dort dominieren Befürchtungen, dass untere und mittlere Einkommensschichten ökonomisch zunehmend abgehängt würden und die Ungleichheit zunehme. Globalisierung und Digitalisierung würden den Trend, dass nur noch die ohnehin bereits Wohlhabenden vom Wachstum profitierten, auch in Zukunft weiter verstärken, so eine häufig geäußerte Argumentation. Auf politischer Ebene werden aus diesen Befunden u.a. Forderungen nach mehr Umverteilung und höheren Steuern, einer noch strengeren Regulierung des Arbeitsmarktes, aber auch nach mehr Bildung und höheren staatlichen Investitionen abgeleitet. Darüber hinaus mögen Abstiegs- und Verlustängste auch ein Erklärungsansatz für das Anwachsen populistischer politischer Strömungen sein. Vor diesem Hintergrund diskutierten renommierte Politiker und Experten am 14. Februar in Berlin über die Frage „Inclusive Growth – bringt Wachstum Wohlstand für alle?“.

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB lobte die Soziale Marktwirtschaft in seinem einführenden Hauptvortrag als das beste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das Deutschland je hatte. Sie bringe freiheitlichen Wettbewerb und soziale Bedürfnisse in Einklang und ermögliche einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Da die Soziale Marktwirtschaft zudem Raum für Lern- und



Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Bundesminister der Finanzen.

Anpassungsprozesse lasse, könne man auch für aktuelle und zukünftige Herausforderungen adäquate Antworten finden, zeigte sich der Minister optimistisch.

Im Anschluss entwickelte sich eine lebhafte und kontroverse Podiumsdiskussion zwischen Yasmin Fahimi, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Prof. Dr. Lars P. Feld, Sprecher des Kronberger Kreises und Direktor des Walter Eucken Instituts, Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, Daniel Gros Ph.D., Direktor des Centre for European Policy Studies, und Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz SE. Dabei ging es nicht nur um die Frage, wie die empirischen Fakten zur Ungleichheit und ihre subjektive Wahrnehmung in der Bevölkerung interpretiert werden sollten, sondern vor allem auch darum, welche politischen Schlussfolgerungen zu ziehen und welche Reformen geeignet sind, um Wohlstand für alle dauerhaft zu ermöglichen.

web

Tagungsberichte finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de



Niedrigzinspolitik: Nullzinsen in Europa

5. Kadener Expertengespräch u.a. mit EZB-Direktor Yves Mersch



Yves Mersch, Prof. Volker Wieland Ph.D., Ralph Brinkhaus MdB, Johannes Kahrs MdB, Prof. Marcel Fratzscher Ph.D., Prof. Dr. Thomas Mayer, Prof. Dr. Michael Heise und Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (v.li. oben nach re.unten – auch kompetente Frauen waren eingeladen, konnten aber ein Mitwirken nicht ermöglichen.)

Seitdem die Finanz- und Schuldenkrise vor fast einem Jahrzehnt Europa erreicht und Defizite in der Architektur der Währungsunion offengelegt hat, befindet sich die Europäische Zentralbank (EZB) im Krisenmodus. Sie hat ihre Leitzinsen bis in den Negativbereich gesenkt und massenweise Anleihen von Staaten und Unternehmen der Eurozone erworben. Angesichts zunehmender Risiken für Finanzstabilität, Altersvorsorge und Haushaltskonsolidierung stößt die EZB-Politik speziell in Deutschland auf erhebliche Kritik. Steigende Inflations- und Wirtschaftswachstumsraten haben bislang jedoch nicht zu einer geldpolitischen Wende geführt. Vor diesem Hintergrund war es der Stiftung Marktwirtschaft ein besonderes Anliegen, gemeinsam mit renommierten Notenbankern, Wissenschaftlern und Politikern zu erörtern, wie es um die Exit-Strategie, das EZB-Mandat und die Langzeitriskien der ultralockeren Geldpolitik bestellt ist.

EZB-Direktor Yves Mersch warnte vor voreiligen Urteilen über die geldpolitischen Maßnahmen. Diese hätten im Euroraum die Preise stabilisiert, die Kreditvergabe gesteigert und zur wirtschaftlichen Erholung beigetragen. Geldpolitik könne aber keine wirtschaftspolitischen Reformen ersetzen. Die EZB werde notwendige Anpassungen in ihrer Kommunikation vornehmen – auch bezüglich einer möglichen graduellen Abkehr von Nullzinsen und Anleihekäufen. Auch Marcel Fratzscher, Präsident des DIW, stellte heraus, dass die EZB-Kritik vornehmlich eine deutsche sei, die das Mandat der Preisniveaustabilität verkenne.

Volker Wieland, Mitglied des Kronberger Kreises sowie des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, plädierte für eine restriktivere Geldpolitik, um den steigenden Risiken einer erneuten Finanzkrise entgegenzuwirken. Vergleichsregeln wie die Taylor-Regel deuteten darauf hin, dass das Zinsniveau deutlich höher liegen müsste.

Ralph Brinkhaus MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Johannes Kahrs MdB, Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hoben hervor, dass die „Krisenpolitik“ der EZB auch Deutschland finanzielle Spielräume und Zeit für Reformen erkaufte, was Begehrlichkeiten wecke und zugleich den Reformdruck reduziere.

Über Risiken für Sparer und Versicherer sowie Alternativen zum derzeitigen Geldsystem referierten darüber hinaus die Professoren Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz SE, Thomas Mayer, Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Instituts und Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de